

Videoschaltkonferenz des Hörfunkrates (VII. Amtsperiode), 15. Dezember 2021, Ergebnisse und Teilnehmende**Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung**

Der Hörfunkrat von Deutschlandradio hat in seiner virtuellen Sitzung am 15. Dezember 2021 den Wirtschaftsplan 2022 einstimmig genehmigt. Den geplanten Erträgen in Höhe von 262,4 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 296,9 Mio. Euro gegenüber. Die Differenz kann auch im kommenden Jahr aus eigenen Mitteln gedeckt werden. Auch der Ausblick auf die kommenden Jahre bis einschließlich 2024 zeigt, dass die geplanten Erträge zusammen mit den noch vorhandenen Mitteln für die Finanzierung des Betriebs bei weiterhin sparsamer Bewirtschaftung ausreichen.

Ausführlich setzte sich das Aufsichtsgremium darüber hinaus mit den Reformplänen der Länder für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinander. Der Hörfunkrat begrüßte dabei den vorliegenden Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung. Dieser betone noch deutlicher als bisher die Rolle der Kultur und stärke die Rolle der Gremien, die künftig auch mit der Festsetzung inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards betraut werden. Nach Einschätzung von Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue ist das laufende Verfahren von einer „großen Ernsthaftigkeit aller Beteiligten“ geprägt, für Deutschlandradio stelle der Gesetzentwurf eine „sehr belastbare Grundlage“ dar. Frank Schildt kündigte als Hörfunkratsvorsitzender an, dass sich das Gremium in den kommenden Wochen mit den Möglichkeiten befassen wird, die sich nach einer entsprechenden Beschlussfassung der Länder für Deutschlandradio und die Gremienarbeit ergeben. Der Entwurf betone den Wert einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung durch die Räte und beschreibe zugleich den Markenkern von öffentlich-rechtlichem Qualitätsjournalismus: „Hier sehen wir Deutschlandradio mit seinen Angeboten schon heute sehr gut aufgestellt. Gleichzeitig ist es richtig und notwendig, im digitalen Raum flexibel auf neue Entwicklungen reagieren zu können.“

Der Hörfunkrat zog in seiner Sitzung auch eine Bilanz der „Denkfabrik“ im Deutschlandradio. Mit dem Dialogformat werden seit dem Jahr 2019 zusammen mit Hörerinnen und Nutzern die großen Fragen der Zeit diskutiert. Im laufenden Jahr ging es im Schwerpunktthema „Auf der Suche nach dem ‚Wir‘“ um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. 2022 lautet das Thema „Von der Hand in den Mund. Wenn Arbeit kaum zum Leben reicht“. An der Abstimmung beteiligten sich mehr als 37.000 Menschen und gaben dabei mehr als 12.000 Anregungen und Kommentare ab. Katrin Hatzinger, zweite stellvertretende Vorsitzende des Hörfunkrats würdigte ausdrücklich die diskursiv angelegten Angebote der „Denkfabrik“: „Gerade in diesen Wochen sehen wir einmal mehr, wie dringend notwendig Orte für zivilisierten Streit über die wichtigen gesellschaftlichen Themen sind.“

Seit dem Jahr 2015 informiert sich der Hörfunkrat anhand einer umfangreichen Übersicht über die Themen von Lob, Beschwerden und Kritik. Neben dem Hörservice kommt dabei auch den sozialen Netzwerken eine wichtige Rolle zu. Insgesamt hat sich die Zahl der Rückmeldungen und Anfragen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht erhöht. Von Januar bis Oktober 2021 verzeichnete der Hörservice 63.422 Kontakte. Die meisten Rückmeldungen bezogen sich auf den Deutschlandfunk, wichtigstes Thema war auch in diesem Jahr die Corona-Berichterstattung.

Bereits am Vortag hatte sich der Programmausschuss des Hörfunkrats mit aktuellen Themen und Veränderungen in der Programmgestaltung von Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova befasst. Im Mittelpunkt stand dabei neben der erstmals gemeinsam von Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Kultur betreuten Sondersendung zur Bundestagswahl und den Diskussionen auf Twitter Spaces die Entwicklung der Wissenschaftsberichterstattung. Mit neuen Formaten wie dem Wissenschaftspodcast „Deep Science“ soll hier ein breiteres Publikum erreicht werden. Eine Programmbeschwerde zur Sendung „Hintergrund“ am 11. Juli 2021 im Deutschlandfunk beschieden die Mitglieder des Programmausschusses als nicht abhilfefähig, da sie keine Verletzung der Programmgrundsätze erkennen konnten.

Folgende Mitglieder des Hörfunkrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Cornelia Berger, Klaus Böger, Christine Ursula Clauß, Herta Daniel, Dr. Martina Daniel, Knut Deutscher, Michael Deutscher (1. stellv. Vorsitzender), Helga Diener, Behiye Ersoy, Elke Ferner, Philipp Franke, Judith Gerlach, Prof. Gerald Grusser, Ingrid Hartges, Katrin Hatzinger (2. stellv. Vorsitzende), Klaus Jetz, Annett Kannenberg-Bode, Memet Kilic, Dr. Alexander Kleist, Dr. Susanne Köstering, Thomas Kralinski, Abraham Lehrer, Prof. Dr. Annette Leßmöllmann, Dr. Dagmar Nelleßen-Strauch, Jan Piegsa, Martin Rabanus, Werner Räßple, Uwe Reitz, Prof. Dr. Franz Riemer, Bärbel Scheiner, Prof. Oliver Scheytt, Frank Schildt (Vorsitzender), Dirk Schrödter, Stephan Thiemann, Marion Wer-
mann, Anei Wiegel, Dr. Volker Wissing, Edith Wittrien, Jörg Ziercke.

* * *

Zusätzliche Informationen zum Programmausschuss des Hörfunkrates, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>